

# Grüne Sozialpolitik in Baden-Württemberg

Januar 2008

Sozialpolitik stellt einen Kernbereich staatlicher Aufgaben dar. Dabei müssen wir uns die Frage stellen, wie wir durch den verantwortungsvollen Einsatz von Landesmitteln die soziale Infrastruktur in Baden-Württemberg zukunftsfest gestalten können. Welche Rolle spielen dabei staatliche, gesellschaftliche und private Akteure? Wir wollen eine aktive und gerechte BürgerInnengesellschaft, in der jede und jeder in seiner Selbstverantwortung gestärkt wird und darauf vertrauen kann, dass sie und er unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht oder Behinderung solidarische Hilfe erhält und ihre bzw. seine Teilhabe am öffentlichen Leben gewährleistet ist.

Die Leitlinien sind Nachhaltigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Generationengerechtigkeit.

Im Mittelpunkt steht die kinderfreundliche Gestaltung der Lebensumfelder der Menschen in Baden-Württemberg; dazu gehört der frühe und gerechte Zugang zu altersgerechten Bildungsangeboten, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter und Mütter und ein ausreichender Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Gewalt.

Mit der Zunahme des Anteils älterer Mitbürger ist die Solidarität der Generationen zu stärken und der Umbau der Lebensräume in den Städten und im ländlichen Raum durch eine Vielfalt von Angeboten zu begleiten.

Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung dienen der Sicher- und Herstellung gesunder Lebensverhältnisse, Gesundheitsschutz und die Fähigkeit zur Gesunderhaltung werden gefördert.

Die Qualität der Arbeit und der Arbeitsbedingungen wird verbessert, die Beschäftigungsfähigkeit und die Integration der Erwerbsfähigen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gestärkt. Besonderes Gewicht wird auf die Erhöhung der Frauenerwerbsquote, die Qualifizierung von Jugendlichen und die Beschäftigung von Behinderten gelegt.

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in unsere Gesellschaft wird verbessert.

Ein bedarfsgerechtes Angebot an Sozialen Dienstleistungen trägt zum Abbau von Armut, vor allem von Kinderarmut bei, stärkt und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse.

## **I. Neun Punkte für eine gerechte Gesellschaft in Baden-Württemberg:**

In neun Zielen wollen wir wichtige politische Prozesse, wie die zunehmende Bedeutung der Kinder- und Familienpolitik, die Auswirkungen von Hartz IV auf die Sozialpolitik des Landes und der Kommunen sowie die zu erwartenden

gesellschaftspolitischen Veränderungen aufgrund der demografischen Wandel aufzeigen.

### **1. Familien stärken – Baden-Württemberg tatsächlich zu einem kinder- und familienfreundlichen Land ausbauen:**

Obwohl Studien den hohen Stellenwert der Familie belegen, sind wir mit einem alarmierenden Rückgang der Geburtenrate konfrontiert. Die meisten jungen Menschen wollen beides haben – Zeit für Kinder und Zeit für Erwerbstätigkeit, sie präferieren den so genannten adaptiven Lebensentwurf. Familienpolitik muss sich an den Lebenswirklichkeiten von Menschen orientieren und Rahmenbedingungen dafür schaffen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie prinzipiell zu ermöglichen.

- Familien mit Kindern fördern und stärken
- Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr. Der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ist die Voraussetzung dafür, dass Kinder früh gefördert und unterstützt werden und dass Mütter und Väter von kleinen Kindern tatsächlich Beruf und Familie miteinander vereinbaren können.
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen unterstützen

### **2. Politik für ältere Menschen - In Würde alt werden:**

Angesichts des demografischen Wandels ist das Land gefordert, die speziellen Wünsche, Bedürfnisse und Anforderungen älterer Menschen als Querschnittsaufgabe für alle Politikfelder zu begreifen. Für uns Grüne steht der Dialog der Generationen an erster Stelle. Älterwerden darf nicht zur Ausgrenzung aus der aktiven Gesellschaft führen, sondern Beteiligung und Teilhabe müssen gefördert werden. Dazu gehört auch der Wunsch vieler älterer Menschen auch im Alter in ihrer Wohnung und in ihrem vertrauten Umfeld bleiben zu können,

- Niedrigschwelligen Zugang zu den Angeboten in der Altenpolitik. Familien mit älteren Menschen und pflegebedürftigen Angehörigen sollen unterstützt und entlastet werden.
- Ausbau des ambulanten Sektors und bessere Verzahnung von ambulant und stationär
- Teilnahme am öffentlichen, sozialen und kulturellem Leben von älteren Menschen fördern.

### **3. Kinderarmut und Chancenlosigkeit verhindern**

Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern ist ein höchst aktuelles Thema. Wir brauchen eine neue Kultur des Hinschauens aber auch des Handelns. Um soziale Krisen zu vermeiden müssen die bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangebote besser vernetzt und abgesichert werden. Die Umsetzung eines flächendeckenden Netzwerkes zur Stärkung der Elternkompetenz, Maßnahmen und Angebote zur Vermeidung von Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern (niedrig schwellige Beratungsangebote, Intensivierung

der Kooperation zwischen Gesundheits- und Jugendhilfeangeboten, Krisenintervention und Erziehungsberatung) müssen auch finanziert werden.

- Sozialfonds „Kein Kind darf hungrig bleiben“. Mit dem Programm wollen wir dafür sorgen, dass in Kindertagesstätten und Schulen künftig kein Kind mehr aus finanziellen Gründen von der Teilnahme am Mittagessen ausgeschlossen ist. Derzeit melden zahlreiche Eltern ihre Kinder nicht zum Essen an, weil sie sich die Mahlzeiten nicht leisten können. Die im Arbeitslosengeld II und der Sozialhilfe vorgesehenen Tagessätze für das Essen von Kindern sind zu niedrig.
- Flächenhafter Aufbau von aufsuchende Hilfen (Familienhebammen) statt Bildungsgutschein
- Kinderrechte in die Verfassung

#### **4. Früh investieren statt spät reparieren – Offensive für mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung**

Die Kindertageseinrichtung ist keine Kinderschule mit dem Ziel schulreife Kinder zu produzieren sondern eine eigenständige pädagogische Bildungseinrichtung, die sich um Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern kümmert, genauso wie um familienunterstützende Netzwerke.

Dabei steht für die GRÜNEN nicht nur der quantitative Ausbau im Mittelpunkt (vor allem für U3 und Ganztagesplätze), sondern auch die pädagogische Qualität der Angebote. Vorrangig ist hierfür die Stärkung der Kernbereiche, d.h. die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für frühkindliches Lernen in Krippe und Kindergarten:

- Kinderkrippe und Kindergarten sind eigenständige Bildungseinrichtungen und kein Zulieferbetrieb für Schulen
- Kindergarten soll sich zum Familienzentrum entwickeln
- Sprachliche Förderung von Kindern ab dem Eintritt in den Kindergarten
- Verbesserung der Qualität von Kindergärten – durch kleinere Gruppengrößen und einem besseren Personalschlüssel
- Ausbau der Studiengänge von Frühpädagogik
- Fort- und Weiterbildungsoffensive

#### **5. Für behinderte Menschen volle Integration fördern**

Grüne Politik für Menschen mit Behinderungen stellt die Integration und soziale Teilhabe in allen Lebenssituationen in den Mittelpunkt. Von der Integration im Kindergarten über die Pflege und Versorgung im Alter, über Verbesserungen im Landesbehindertengleichstellungsgesetz bis hin zur flächendeckenden Umsetzung des Persönlichen Budgets ab 1.1. 2008 sind die verschiedenen Bereiche, die verbessert werden müssen.

- Integration von Menschen mit Behinderungen von geburt an in allen Bereichen fördern
- Selbsthilfeorganisationen stärken

- Berufliche Chancen von Menschen mit Behinderungen verbessern

## **6. Jugendliche beste Startchancen geben**

Angesichts der Überfälle von Jugendlichen ist eine Diskussion um die Verschärfung des Jugendstrafrechts in den Mittelpunkt gerückt. Dies ist jedoch keine Antwort auf die bestehenden Probleme. Kinder und Jugendliche werden umso eher straffällig, je schlechter die soziale Lage ihrer Familien, je geringer ihre Chancen in der Schule und je schwächer der soziale Zusammenhalt in ihrem persönlichen Umfeld ist. Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund brauchen eine wirkliche Chance im und zum Leben. Nach Mitteilung des statistischen Bundesamtes stagnieren insgesamt die Mittel von Bund, Land und Kommunen im Jahr 2006 für die Kinder- und Jugendhilfe – bei steigenden gesetzlichen Anforderungen und Aufgaben, die sich aus den Problemlagen von Familien ergeben.

- Alternativen zum Strafvollzug anbieten, Straffälligkeit vorbeugen
- Kooperation von Schule und Jugendhilfe verbessern.
- Interkulturelle Vernetzung der Jugendlichen, Zusammenleben der Kulturen fördern
- Zugangsgerechtigkeit zu Bildung und Arbeit sicherstellen

## **7. Beschäftigungsfähigkeit und Integration der Erwerbsfähigen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt stärken**

Das Karlsruher Urteil erfordert eine grundlegende Neustrukturierung der Betreuung von Langzeitarbeitslosen. Das darf aber keine Rückkehr zu einer zentralisierten Arbeitsmarktpolitik bedeuten. Über die optimale Betreuung von Langzeitarbeitslosen kann am Besten vor Ort entschieden werden. Dafür sind weitreichende Handlungsspielräume notwendig; individuelle und regionale Besonderheiten müssen berücksichtigt werden. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern schneidet Baden-Württemberg mit seinen Anstrengungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik schlecht ab.

- Zugang zu Ausbildung für benachteiligte Jugendliche sichern
- Frauenerwerbsquote, insbesondere bei Migranntinnen erhöhen
- Programm für einen dritten Arbeitsmarkt auflegen

## **8. Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement**

Um das bürgerschaftliche Engagement im Land zu stärken brauchen wir Strukturen, die gesellschaftliches Engagement befördern, soziale Einrichtungen, Freiwillige und Unternehmen vernetzen und deren Arbeit öffentlich anerkennen. Um in Baden-

Württemberg das breite Spektrum sozialer Aufgaben optimal zu erfüllen, sind wir darauf angewiesen, dass sich Menschen für ihr Umfeld verantwortlich fühlen, d.h. wir Grüne wollen eine aktive Bürgergesellschaft.

- bessere Vermittlungs- und Vernetzungsstrukturen, die BürgerInnen, Unternehmen und soziale Einrichtungen zusammenbringen
- Informationskampagnen, um auch kleine und mittelständische Unternehmen im Land für soziales Engagement im Sinne von „corporate citizenship“ zu gewinnen
- größere öffentliche Anerkennung freiwilligen Engagements
- ein Bonus-System, das freiwilliges Engagement honoriert im Hinblick auf Zugang zu Studienplätze, Praktika etc.

## **9. Krankenhauslandschaft – Strukturwandel als Chance**

Angesichts der absehbaren Veränderung der Krankenhauslandschaft in Baden-Württemberg steht die Landespolitik vor der Aufgabe, diesen Prozess steuernd zu begleiten. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass der Strukturwandel ohne Qualitätsverlust vonstatten geht. Durch die Veränderungen in der Krankenhauslandschaft besteht die Chance neue Möglichkeiten in der Krankenversorgung – wie z.B. die integrierte Versorgung – umzusetzen

- die Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung, die eine zentrale öffentliche Aufgabe darstellt
- eine Beibehaltung der Investitionsförderung des Landes, um die Krankenhäuser zukunftsfähig zu machen
- eine Regionen bezogene Krankenhausplanung
- eine Krankenhausplanung, die nicht nur Einwohner-/Bettenzahlen berücksichtigt, sondern auch die Leistungsfähigkeit von Krankenhäusern
- eine sektorenübergreifende Angebots- und Leistungsstruktur im Rahmen der integrierten Versorgung

## **II. Finanzpolitische Konzepte zur Umsetzung effektiver Sozialpolitik**

### **1. Unterstützung von Strukturangeboten statt Transferleistung am Beispiel des Landeserziehungsgeldes**

Das Landeserziehungsgeld, das im Anschluss an das Bundeserziehungsgeld gezahlt wird, belief sich allein für das Jahr 2005 auf 83,5 Millionen Euro. Familienpolitisch erfolgreiche Länder investieren jedoch nicht in solche Transfers, sondern in Dienstleistungen für Familien wie Kinderbetreuung und Bildung. Die Schaffung solcher Strukturen bedeutet Nachhaltigkeit und ist eine Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – dem Kernanliegen junger Eltern. Die Mittel der Transferleistungen sollen zur Förderung neuer bedarfsgerechter Strukturen unter Berücksichtigung von demographischen Prognosen umgewidmet werden.

Auch im Pflegebereich ist eine Strukturförderung besonders im Bereich Kurzzeitpflege sowie der ambulanten Dienste notwendig.

## **2. Mehr Transparenz in der Förderungspraxis**

Aus Grüner Sicht muss die Förderungspraxis im Sozialbereich in Zukunft vielmehr als bisher an objektive Kriterien wie Effizienz und Qualität, aber auch an die Frage der Zukunftstauglichkeit geknüpft sein. Diese Kriterien müssen messbar und nachvollziehbar sein. Für uns Grüne ist daher Transparenz in der Förderungspraxis von zentraler Bedeutung.

## **3. Von der Objekt- hin zur Subjektförderung am Beispiel der Pflege und der Politik für Menschen mit Behinderungen**

Im Pflegebereich hat sich die objektbezogene Landesförderung als ungeeignetes Finanzinstrument erwiesen. Bürokratische Hürden, lange Antragszeiten und ein enormer Förderstau bei gleichzeitig rückläufigen Mitteln zeigen, dass eine Umsteuerung notwendig ist. Als Grüner Sicht ist deshalb eine schrittweise Umstellung der Objekt- auf die Subjektförderung mit einem für alle Beteiligten transparenten Ausstiegsszenario nötig. Allerdings bedeutet ein Wechsel zur Subjektförderung keineswegs, dass damit die finanzielle Verantwortung komplett auf die Kommunen übertragen wird. Für uns Grüne geht es stattdessen darum, innovative Wege der Subjektförderung, wie etwa das persönliche Budget, zu erproben und voranzubringen. Da wir der Überzeugung sind, dass der Markt im Pflegebereich nicht alles alleine regeln kann, wollen wir zugleich auch die Steuerungs- und Aufsichtsfunktion des Landes im Pflegebereich stärken.

## **4. Kommunalisierung sozialer Hilfen im Spannungsfeld gleichwertiger Lebensbedingungen sicherzustellen**

Am Beispiel der Kommunalisierung der Eingliederungshilfe ist deutlich geworden, dass die Gefahr der Zersplitterung der Fachkompetenz und Versorgung nach Kassenlage besteht. Eine landespolitische Steuerung der Qualitätsstandards und Überprüfung der Effektivität ist notwendig um eine weitere Zersplitterung und Absenkung der Angebote zu vermeiden.

Brigitte Lösch